

Drohender Irak-Krieg

Breites Bündnis ruft zu regionaler Demonstration auf

Ein breites Bündnis hat sich in Konstanz gegen den drohenden Irak-Krieg gebildet. Gewerkschaften, Kirchenvertreter, die Freie Grüne Liste, PDS/LL, Jusos, attac Konstanz und zahlreiche weitere Organisationen rufen unter dem Motto „No war on Iraq! Nein zum Krieg!“ auf, am 15. Februar gegen den Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak zu demonstrieren.

Damit wollen die beteiligten Gruppen einen regionalen Beitrag zum Aktionstag gegen den Krieg leisten, an dem die Friedensbewegung unter anderem zu einer bundesweiten Großdemonstration in Berlin aufruft.

In dem Aufruf heißt es unter anderem, „Der Krieg bedeutet einen weiteren Schritt zur Globalisierung der militärischen Gewalt und verschärft den permanenten Kriegszustand auf unserem Planeten. Er stellt einen weiteren Angriff der US-Regierung auf das Völkerrecht dar und besiegelt die neue aggressive US-Strategie des ‚Präventivkrieges‘. Ganz offensichtlich geht es den Regierungen der USA und Großbritanniens dabei nicht um Menschenrechte und Demokratie,

nicht primär um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder um angebliche irakische Massenvernichtungswaffen, sondern um politische und wirtschaftliche Interessen in einer der ölreichsten Regionen der Erde.“ Die Bundesregierung wird aufgefordert, „alle politischen Mittel zu nutzen, um sich dem Krieg entgegen zu stellen. Wir fordern sie auf, ihrer Ablehnung des Krieges nun auch Taten folgen zu lassen und die Fuchs-Spürpanzer aus Kuwait sowie die Marineeinheiten aus der Golfregion abzuziehen und den beteiligten Armeen Überflugrechte und Infrastruktur für den Krieg zu verweigern.“

Die Demonstration beginnt um 11 Uhr am Konstanzer Landratsamt. Von dort aus geht es über die Alte Rheinbrücke durch die Innenstadt. Die Abschlußkundgebung findet auf der Marktstätte statt. Unter den Kundgebungsrednern wird sich auch der Konstanzer Oberbürgermeister Horst Frank befinden.

Die Friedensinitiative ruft derweil jeden Freitag, 18 Uhr zur „Bush-Trommelei gegen den Krieg“ auf der Konstanzer Marktstätte auf. *red*

Kongreßhalle

Bürgerentscheid vom Stadtrat vorerst vertagt

In Konstanz wird es vorerst keinen Bürgerentscheid über das geplante Konzert- und Kongresshaus auf Klein-Venedig geben.

Der für den 18. Mai festgesetzte Termin, bei dem mindestens 30 Prozent der 56 000 wahlberechtigten Konstanzer dem Projekt hätten zustimmen müssen, wurde bei der Ratssitzung am 31. Januar auf Vorschlag von Oberbürgermeister Horst Frank verschoben. Als Grund nannte er die Tat-

sache, dass das sowohl im Stadtrat als auch unter den Bürgern umstrittene Konzerthaus nach den bisherigen Berechnungen mit 85 Millionen Euro nicht finanzierbar sei. Das Baudezernat und der Baukonzern Strabag müssten „realistische Baukosten“ vorlegen. Ein Bürgerentscheid sei damit zur Zeit nicht zu verantworten, sagte Frank. Die Stadt müsste neben dem Grundstück noch Erschließungskosten von etwa 9 Millionen Euro beisteuern und jährlich bis zu 2 Millionen Betriebskostenzuschüsse aufbringen. Mit der Landesregierung soll nun über mögliche Zuschüsse verhandelt werden. *eb*

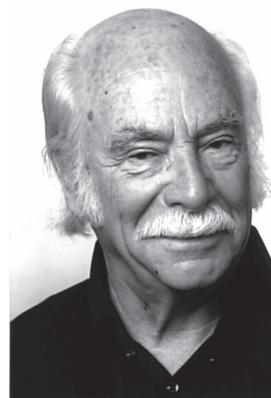
Stadtrat Dr. Venedey

Abschied vom Gemeinderat – aber nicht von der Politik

Unsere Stadtrat Dr. med. Michael Venedey, der seit dem Herbst 1999 die PDS/LL im Gemeinderat von Konstanz vertrat, hat aus Gesundheitsgründen sein Mandat zurückgegeben. Seine Nachfolgerin ist seit dem 1. Februar Monika Schickl.

Nach mehr als dreijährigem Engagement für die Belange seiner Wähler wird Michael Venedey auch künftig mit uns für eine friedliche Welt und die Interessen der Menschen streiten, hoffentlich noch lange das „See-Blättle“ mit seinen beeindruckenden Kolumnen bereichern und uns mit seinem Wissen, seiner Lebenserfahrung und Hilfsbereitschaft zur Seite stehen. Unter dem Applaus aller Ratsfraktionen würdigte Oberbürgermeister Frank bei der Verabschiedung in der vergangenen Woche die Tätigkeit Dr. Venedeys, dem es bei der Gemeinderatsarbeit vor allem um wesentliche

Dinge wie Kritik am Kapitalismus und Globalisierungswahn und sein Engagement für die sozial Schwachen gegangen sei. Der aus einer Fami-



lie von frühen Demokraten und Antifaschisten kommende Stadtrat habe sich den menschlichen Respekt des ganzen Ratsgremiums erworben und oft für seine engagierten Redebeiträge Applaus aus den Zuhörerreihen bekommen.

Die vom Oberbürgermeister angesprochene gegenseitige Respektie-

Fortsetzung auf Seite 8

Irak-Krieg

„Die Frage ist, wann es losgehen wird“

Die Frage ist nicht, ob ein Krieg geplant ist, sondern wann er losgehen wird. Diese Feststellung, die der Politikwissenschaftler Thomas Pflüger vom Vorstand der Tübinger Organisation „Informationsstelle Militarisierung e.V.“ vor Weihnachten auf einer Veranstaltung des Konstanzer „Netzwerk gegen rechts“ traf, bestätigt sich gegenwärtig von Tag zu Tag mehr. Pflüger hatte auf Einladung des Netzwerks ausführlich zu den Kriegsvorbereitungen am Golf Stellung genommen und neben den als Kampf gegen den Terrorismus deklarierten Gründen der US-Regierung für ihr Vorgehen auch die Rolle der Bundesregierung in dieser Frage kritisch beleuchtet.

Inzwischen findet eine immer massivere Konzentration militärischer Einheiten zu Wasser und zu Lande in der Golfregion statt. US-Soldaten „üben“ in Kuwait schon den „Ernstfall“, amerikanische Truppen in Deutschland sollen in den nächsten Wochen bei einem „Computer-Spiel“ ebenfalls den Krieg gegen den Irak üben und sogar per Internet versucht die US-Armee, im Rahmen einer „psychologischen Kriegführung“ die irakische Bevölkerung zu demoralisieren. Schlagzeilen wie „UNO sucht Waffen – USA Krieg“ (TAZ) oder „Blut für Öl (Der Spiegel), aber auch Entschliessungen und Aufrufe wie in diesen Tagen vom DGB oder kirchlichen Gremien bis zum Vatikan zeigen neben den Äusserungen prominenter Politiker die weltweite Empörung und Beunruhigung über das Vorgehen der Bush-Administration, die unberührt von Protesten und ungeachtet der noch laufenden UNO-Inspektionen im Irak ihre seit langem konzipierte Kriegspolitik fortsetzt.

Thomas Pflüger, profiliertes Kenner der Aussen- und Militärpolitik in Deutschland und weltweit, betonte bei seinem Vortrag in Konstanz, für die US-Regierung sei das Vorgehen gegen den Irak der zweite Schritt nach Afghanistan für eine Neuordnung in der Region, zu der auch ein Regime-Wechsel im Irak gehören solle. Die USA wollten hierbei besonders den Zugang zum Öl, da sich im Irak 12 Prozent aller Erdölvorkommen befänden. Die geplante Aggression sei gleichzeitig auch ein „indirekter

Krieg“ gegen Saudi-Arabien, dessen Rolle als „zuverlässiger Partner“ der USA nach dem 11. September 2001 so nicht mehr bestehe.

Ziel der US-Regierung sei es, letztendlich im Irak eine Militärregierung einzusetzen, um angesichts der Ölvorkommen langfristig ihren Einfluss sicherzustellen. Von Demokratie nach einem beabsichtigten Sturz Saddams Husseins sei nicht die Rede. Gleichzeitig solle das Vorgehen im Irak für die Amerikaner auch ein „Testfall“ für die neue Bush-Doktrin sein, wonach jedes Land bei einer Bedrohung der Hegemonie der USA anzugreifen sei und präventiv auch Atomwaffen eingesetzt werden könnten.

Trotz aller Aussagen von Repräsentanten der rot-grünen Bundesregierung sei es klar, so Pflüger, dass die Bundesrepublik sich an einem Irak-Krieg beteiligen werde. Wenn jetzt zum Beispiel gesagt werde, man könne die Benutzung von Infrastrukturen auf deutschem Boden durch die Amerikaner nicht verhindern, so gelte das nach dem NATO-Truppenstatut von 1995 nicht mehr. Danach müsse die Bundesregierung bei allem gefragt werden mit

Ausnahme der Nutzung des Militärgeländes selbst. Die Position mit den Hilfestellungen für die USA sei nach den Worten Pflügers schon von Anfang an so gewesen, es habe sich nur „die Darstellung geändert“.

Diese Art Politik finde auch darin ihren Niederschlag, dass inzwischen ein Drittel des Globus „für die Bundeswehr freigegeben“ sei. Das beweisen die Schiffe an der afrikanischen Küste, ABC-Abwehrpanzer in Kuwait und die Besetzung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen auch mit deutschem Militärpersonal.

„Deutschland wird sich Stück für Stück an diesem Krieg beteiligen, der ebenfalls Stück auf Stück verschärft wird“, warnte Pflüger. Weder innerhalb der NATO noch im UN-Sicherheitsrat gebe es einen Staat, „der ernsthaft diesen Krieg verhindern will.“

Es sei dringend notwendig, in Deutschland etwas dagegen zu tun, denn die Regierung werde ausser direktem Mitbomben „alles mitmachen“, obwohl es bei allen Umfragen in der Bevölkerung eine breite Ablehnung eines solchen Vorgehens gebe.

eb

„DEUTSCHLAND MUSS BEI SEINEM NEIN ZUM KRIEG BLEIBEN“

Zur Rede von US-Außenminister Powell am 5.2 vor dem UN-Sicherheitsrat erklärte Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher des Parteivorstandes der PDS:

Powells Bemühungen, ein Schreckensbild vom Irak zu zeichnen, um die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates auf Krieg als einzige Lösung einzuschwören, können nicht überzeugen. Der Griff in die Trickkiste der Geheimdienste beweist nur: Den USA fehlen eindeutige Beweise für das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak, die eine solche Gefahr für dessen Nachbarn und den Weltfrieden darstellen, dass man unverzüglich mit der ganzen Wucht der US-Militärmaschinerie draufschlagen muss - egal wie groß die Opfer und die Zerstörungen, egal wie schlimm die Folgen für die Region, egal wie schwer der Schaden für das Zusammenleben der Staaten. Geheimdienstinformationen dürfen nicht über Krieg oder Frieden entscheiden. Die USA haben ein langes Schuldregister der Desinformation. Noch gut im Gedächtnis sind die 250 000 irakischen Soldaten, die im ersten Golfkrieg angeblich zum Sturm auf Saudi-Arabien bereit standen und sich bei näherem Hinsehen in Luft auflösten. Nicht vergessen sind die 312 kuwaitischen Babys, die irakische Soldaten angeblich aus den Brutkästen holten - eine PR-Ente, um den US-Kongress zur Bewilligung der Kriegsmilliarden zu bewegen. Der zehnjährige Vietnamkrieg wurde, wie die Welt heute weiß, durch eine organisierte Provokation im Golf von Tongking im August 1964 ausgelöst.

Geheimdienstinformationen müssen überprüft werden. Sie gehören in die Hände der UN-Waffeninspektoren, die ihnen nachgehen können. Die USA sind scharf zu fragen, weshalb sie mit diesen bisher so schlecht kooperieren. Die Inspektoren sind durchaus in der Lage, die Abrüstung des Irak, der seit 1991 kontrolliert und abgerüstet wurde wie kein anderer Staat, ohne einen einzigen Schuss zum Abschluss zu bringen, wenn man sie nur lässt. Nicht Krieg, sondern Vernichtung der Waffen ist die von der internationalen Gemeinschaft gestellte Aufgabe. Deutschland hat jetzt mit dem Vorsitz im Sicherheitsrat eine schwere Verantwortung übernommen. Das Völkerrecht, die gültigen Beschlüsse des Rates und die bisherigen Ergebnisse der Inspektoren geben genügend Handhabe, um den Weg der Lösung der Krise mit politisch-diplomatischen Mitteln unbeirrt weiter zu gehen. Das ist die Forderung der Öffentlichkeit in vielen Ländern - in Deutschland, in Europa und in den USA.

An der wachsenden und immer breiter werdenden Friedensbewegung liegt es, die Regierung Schröder darauf festzulegen, dass sie sich weiter klar von einer Lösung durch Krieg abgrenzt, dass sie keine deutschen Militärkapazitäten und keinen Zentimeter deutschen Territoriums für Angriffshandlungen zur Verfügung stellt. Wer Deutschland aus dem Krieg heraushalten will, muss diesen Krieg verhindern...

LinksRhein. elektronisches Archiv der Konstanzer Linken

von stwnn

LinksRhein ist ein derzeit von nur zwei Personen getragenes Internetprojekt, das es sich seit Anfang 1999 zur Aufgabe gemacht hat, linke oder linksalternative Texte und Veranstaltungshinweise der Region Konstanz elektronisch zu archivieren. Die aktuellen Entwicklungen werden möglichst zeitnah abgebildet, zusätzlich wird aber in einem mühevollen Prozess versucht, Printausgaben untergegangener Konstanzer Zeitschriften (Tacheles, AZW, Neues Nebelhorn, Nebelhorn, Kommunale Berichte und die Zeitung Revolutionärer Sozialisten) nach und nach zu digitalisieren. Mittlerweile sind unter www.linksrhein.de über 780 inhaltlich erschlossene Dokumente abrufbar.

■ Gründerzeiten

In der langen Konzeptionierungsphase der ersten Monate wurde von drei Leuten aus dem Umfeld der Infokneipe das Konzept einer Dokumentation im WWW, mit aufwendiger Inhaltserschließung, komfortablen Suchfunktionen und einem ansprechenden Layout vereinbart.

Eine der wichtigen Arbeiten im Rahmen des Projekts war stets die Unterstützung und Neugründung anderer Webprojekte: So entstanden mit der Zeit die Ali Schirasi Homepage, die PDS/LL-Homepage mit dem Seebblätle sowie eine Infokneipen-Seite, mit eigenem Layout und eigener Webadresse auf dem Seeseiten-Server. Darüber hinaus entstanden eine Weltladen - Seite, eine Karawane-Seite und eine Antifa-Seite, die aber in das LinksRhein - Angebot integriert wurden.

■ Einspeisen der Inhalte

Printvorlagen (Zeitschriften, Flugis, Broschüren) aufzunehmen ist ein

zeitraubender Vorgang. Sie müssen zunächst digitalisiert, d.h. gescannt und durch ein automatisches Schrift-erkennungsprogramm gejagt werden. Anschließend müssen die oft eher bescheidenen Ergebnisse korrigiert und in einem HTML-Editor neu layoutet werden. Und wenn es ganz besonders schön sein sollte, gabs noch eine digitale Bildbearbeitung obendrein.

Selbst wenn Texte per Email oder auf Diskette angeliefert wurden oder es aus der eigenen politischen Arbeit der letzten Jahre elektronische Dokumente gab, so erforderte jedes Einspeisen von Inhalten das schwierige



Codieren der Webseiten in der Hypertext Markup Language (HTML). Nachdem das Dokument in das LinksRhein - Angebot an der richtigen Stelle und

mit den korrekten Navigationselementen eingebunden und verlinkt worden war, konnten die Dateien per FTP-Programm (File Transfer Protocol) auf den Seeseiten - Server hochgeladen werden. Alles zusammen brauchte ein derartiger Vorgang mindestens eine gute Stunde für einen typischen Nebelhornartikel, vorausgesetzt, alles funktionierte reibungslos. Dieses recht aufwändige Verfahren, dass Computerinfrastruktur und PC-Know-How (z.B. HTML-Kenntnisse) voraussetzt, war eine technische Hürde, die nicht leicht zu nehmen war. Mit der neuen Open Posting Funktion (s.u.) sollte dies anders werden.

■ Umzug nach nadir

Unser bisheriger Provider 'Seitenbau' hat Ende 2001 nach einem Hackerangriff die kostenlose Plattform "Seeseiten" eingestellt. Viele Einzelpersonen und Gruppen aus Konstanz hatten dieses Angebot jahrelang genutzt und mussten sich nun eine neue Bleibe suchen. Das vollmundig angebotene Konzept, das bei einem Umzug der Homepages helfen sollte, stellte sich als bloßer Verweis auf die zwar kostenlosen aber mit lästiger Werbung finanzierten kommerziellen Web-



Nadir (www.nadir.org) ist ein autonomes Medien-Projekt, das ca. 50 Gruppen die Möglichkeit bietet, linke und linksradikale Inhalte im Web zu veröffentlichen. Mehrere nadir-Leute arbeiten zudem an der Weiterentwicklung der von nadir selbst entwickelten Publikations-Software namens „Mir“, die mittlerweile auch bei Indymedia Servern in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden zum Einsatz kommt. Nadir lässt bei seinen Webinhalten kein Open Posting (s.u.) zu.

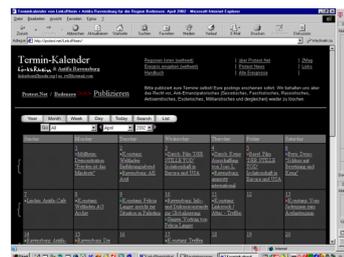
space-Anbieter wie Lycos heraus.

LinksRhein ist bei nadir untergekommen. Es bestanden schon seit Jahren persönliche Kontakte zu diesem linken Internetprojekt, sowie die grundsätzliche Möglichkeit jederzeit unser Angebot bei ihnen spiegeln zu können, sollte es mal aus Repressions- oder sonstigen Gründen nötig werden. Eine Mitgliedschaft bei nadir beinhaltet mehr als die preiswerte Nutzung von Webspace, eine neue Mailadresse und das Unterbleiben von Einblendungen von Werbeanerbern (siehe Kästen).

Nach einer mehrwöchigen Zwangspause Ende 2001 war LinksRhein dann also wieder online. In den ersten Monaten nach der Umstellung waren zahllose Links defekt, das Layout kaputt, viele Bilder fehlten, die interne Suchmaschine fand nur knapp die Hälfte der Seiten, die die sie vorher gefunden hatte und die NutzerInnen wussten auch nicht mehr wo sie LinksRhein überhaupt finden sollten.

Auf der Basis des Backups, das uns dankenswerterweise von Seitenbau zugeschickt wurde, mussten also zahlreiche Änderungen am HTML Code vorgenommen werden, (z.B. all die Links korrigieren, die Seeseiten-spezifisch waren). Dabei rächte sich natürlich, dass das mittlerweile gut

500 Seiten umfassende Angebot zum großen Teil von Hand erstellt worden war und (fast) jede Seite ihre speziellen Eigenarten besaß. Bis heute sind von den externen, aber von LinksRhein mitbetreuten Homepages nur die Ali Schirasi Seite wieder im Netz, der PDS/LL und dem Seebblätle haben wir jetzt, nachdem



wir wieder etwas Luft haben, Unterstützung für einen Neustart angeboten.

■ Bodensee-Terminkalender

Viele Monate hatte es bei LinksRhein nur geringe technische Neuerungen gegeben. So wurde z.B. ein Zugriffszähler eingebaut oder das Layout der Startseite überarbeitet. Parallel zu den Arbeiten, die mit der Migration nach nadir verbunden waren, wurde dann aber die weitere Dynamisierung des Angebots vorwärtsgetrieben. Als erstes kam der Terminkalender dran. Der bisher händisch bearbeitete Terminkalender wurde umgestellt auf einen Open-Posting Terminkalenders bei Protest.net (www.protest.net/Links-Rhein). Jede/jeder, die/der eine Veranstaltung bekannt geben möchte, kann sie nun selbst direkt eingeben. Termine, die in diesen Kalender eingegeben werden, erhalten nicht nur eine lokale sondern auch eine überregionale Sichtbarkeit. Da es wenig Sinn macht, in einer Region viele lokale Terminseiten parallel zu betreiben gingen wir für den von uns so getauften Bodensee-Terminkalender eine Kooperation mit der Antifa Ravensburg ein, die ihn mit uns nun zusammen verwaltet.

■ Content Management System „Zope“

Auf einen Tip des Amsterdamer ID-Archivs hin, erhielten wir letzten Februar Zugang zu einem Server des Wissenschaftsladens in Dortmund. Sie betreiben dort ein sog. Content Management System, d.h. eine Software, die speziell das Publizieren im WWW unterstützt. Nun gab es für uns

alles was das Herz beehrte: Open Posting, Moderation, komfortable Nutzerverwaltung, flexibles Layouten und mehr. Wir verwenden dieses System für unseren Newswire, (den Nachrichtenkanal in der rechten Spalte) sowie die Features (das sind die Aufmacher in der Mittelspalte).

Durch die Kooperation mit anderen Nutzergruppen auf dem Server des Wissenschaftsladens existiert ein zusätzliches Stützbein für die Verwaltung des neuen Systems. LinksRhein beteiligt sich an der internen Mailingliste und hilft bei der Administration des Dortmunder Servers.

■ Erleichterungen fürs Publizieren

Die Arbeit der Anpassung des Content Management Systems auf unsere Bedürfnisse sind heute weitgehend abgeschlossen und die Administration beansprucht nur noch wenig Zeit. Das war so nicht abzusehen und ist eine große Erleichterung. Die NutzerInnen und Administratoren können sich stattdessen ohne die unnötige Belastung mit technischem Kram auf die Inhalte, die Moderation oder die Diskussion derselben konzentrieren.

Beim Posten, bei dem AutorIn, Titel, und Kurzbeschreibung zu jedem Artikel angegeben werden, kann auch angekreuzt werden, dass mensch bei neuen Kommentaren zu eigenen Artikeln jeweils per Email benachrichtigt werden möchte. Wer Artikel postet, soll für den Inhalt auch eigene, frei gewählte Schlagwörter vergeben und / oder aus einem bestehenden Set von 22 Schlagwörtern auswählen. Die so vergebenen Begriffe erscheinen im oberen Teil der Dokumente als Navigationselemente und helfen später bei der gezielten Suche. Während das System derzeit so eingestellt ist, dass die Artikel und Kommentare des Newswires sofort nach dem Abschicken im Web zugreifbar sind, werden postings für die Mittelspalten Aufmacher (Features) vorabmoderiert, d.h. jeder Feature-Artikel muss explizit von uns freigeschaltet werden, damit er sichtbar wird.

Aufgrund dieser wesentlichen Erleichterungen beim Publizieren von Artikeln konnte die Publikationsfrequenz erheblich von einigen wenigen Artikeln pro Woche auf einige wenige Artikel täglich erhöht werden.

■ Informationsquellen

Die Art der Inhalte, die gepostet wurden, hatte sich zwar schon mit

dem händisch gepflegten Newswire des Jahres 2001 verändert aber nun wurde der Wandel offensichtlicher: Die „Region Konstanz“, sprich der Wahrnehmungshorizont für LinksRhein – Publikationen, hat sich heute auf ganz Baden-Württemberg, Vorarlberg und die Nordost-Schweiz erweitert. Die „Region Konstanz“ hat dadurch mehrere hundert km Durchmesser.

Selbstrecherchierte und -geschriebene Artikel sind mittlerweile sehr in der Minderheit. Die überwiegende Anzahl von Postings geht zurück auf elektronische Vorlagen bei Indymedia - Servern, dem CL-Netz, Mailinglisten, die wir abonniert haben oder Webseiten von Aktionsgruppen die wir spannend finden. Die Akquisition von Inhalten ist ein aktiver Vorgang, der z.B. Telefonate, das regelmäßige Abklappern zahlreicher Webseiten aber auch das direkte Nachfragen von schriftlichen Beiträgen bei AktivistInnen beinhaltet.

■ Indymedia als Nachrichtenagentur

Seit Mitte 2001 fanden BesucherInnen der LinksRhein Startseite rechts oben in der Ecke einen Kasten vor, der den Nachrichtenticker von Indymedia Austria enthielt. Er wurde nicht von LinksRhein bearbeitet sondern war lediglich auf unserer Startseite abgebildet. Es konnte aber schon mal vorkommen, dass sich dort erscheinende Artikel in ‚bearbeiteter Form im LinksRhein Newswire oder bei den Features wiederfanden, so geschehen zuletzt im Rahmen der Berichterstattung zum Omofuma Prozess. Wir haben jetzt auf den deutschen Newswire umgeschaltet, weil dieser aufgrund des dortigen Moderationskonzepts besser von M,Il freigehalten wird.

Die deutschsprachigen Indymedia - Server (Schweiz, Deutschland und Österreich) werden von LinksRhein wie alternative Nachrichtenagenturen genutzt. Umgekehrt postet LinksRhein überregional interessierende Artikel aus der Region Konstanz bei Indymedia, nadir und CL-Netz (So geschehen z.B. bei dem jüngsten Brandanschlag im Konstanzer Sammelager in der Gustav-Schwab-Strasse.) Andere regionale und überregionale Informationsquellen sind z.B. das **egocity** der Züricher HausbesetzerInnen, die Freiburger **Stattzeitung**, das Tübinger **Social Forum**,

OPEN POSTING

Open Posting bedeutet so viel wie „freies, unzensiertes Publizieren“. Als in Software geronnene Free-Speech Idee ermöglicht es z.B. allen NutzerInnen der Indymedia-Systeme, Artikel und Kommentare zu veröffentlichen (neudeutsch „zu posten“), ungeachtet ihrer Qualität. Eher die Ausnahme bei den verschiedenen Indymediagruppen weltweit ist eine Moderationspolitik wie sie IMC Deutschland praktiziert: die baldmöglichste Löschung antiemanzipatorischer Artikel und Kommentare sowie das „Verstrecken“ des Open Posting Kanals auf eine anderen Seite als der Startseite.



das Münchner **subart.info**, das sich neuerdings **indynews.net** nennt oder das gute alte **CL-Netz** sowie vereinzelte Webseiten von AktivistInnen in der Region. Von der bürgerlichen-

INDYMEDIA

Indymedia ist ein Kollektiv hunderter unabhängiger MedienaktivistInnen, die auf der ganzen Welt für indymedia berichten. Es gibt zur Zeit über 80 lokale Indymedias auf der Welt. Jedes IMC (independent media center) ist autonom, finanziert sich selbst und trifft eigene Entscheidungen über Aussehen und Inhalte der Seite. Schwerpunkt ist die Berichterstattung „von unten“ und die Antiglobalisierungsbewegung, wie sie bei den großen Gipfevents (Seattle, Davos, Genua, etc.) auf die Strasse geht. Allein in dem einen Jahr des Bestehens von Indymedia Deutschland wurden dort 15.000 Artikel und 50.000 Kommentare gepostet.

Presse werden vor allem die Online-Ausgaben der Tageszeitungen im Südwesten Deutschlands und der Nordost-Schweiz ausgewertet.

■ Publiziert selbst!

Die Nutzung der LinksRhein Seiten ist noch sehr verhalten; das gilt sowohl für die Zahl der Zugriffe (~1500 Hits pro Monat – vor allem von Suchmaschinen herbeigelockt) als auch für die Anzahl der Postings von NutzerInnen. Wir möchten alle herzlich zur Mitarbeit bei LinksRhein einladen, sei es nun durch das Publizieren von aktuellen Artikeln per Open Posting, Moderations- oder Redaktionsarbeit, Pflege des Terminkalenders oder das Scannen alter Zeitschriften. Für ganz wilde DokumentarInnen gibt es sogar eine ausleihbare Digicam. Aber auch technische oder finanzielle Unterstützung ist immer willkommen. Im Moment entstehen mit LinksRhein regelmäßige Kosten von 15 Euro pro Monat. Wer sich hieran beteiligen will, kann uns einfach mal eine mail schreiben.

Im neuen Jahr wünschen wir uns also neue MitarbeiterInnen, mehr Texte und vor allem, dass mehr Berichtenswertes passiert, in Konstanz und Umgebung.

URL: <http://www.linksrhein.de>
Kontakt: linksrhein@nadir.org

Die „KLEINEN PREISE“ ...



...hier im Bild: fröhliche Nur-111-EURO-Cent!

Es ist schon wirklich beruhigend, wenn man immer wieder von den Medien vermittelt bekommt, daß der EURO gar kein „TEURO“ sei, und daß sich die Inflation mit nur 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr fast halbiert hätte. (Wenn das so ist, sind „Nullrunden“ und Lohnverzicht ja fast schon „Ehrensache“...)

Komisch ist dennoch, daß die Einzelhändler im Jahr 2002 die größten Umsatzrückgänge seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vermelden. Zur Beschwichtigung behauptet auch der SÜDKURIER, daß lediglich die „TEURO“-Debatte die Konsumenten derart verunsichert hätte, daß diese dadurch eine „gefühlte Inflation“ fühlten, die deutlich über der wirklichen läge; und daß sie sich deshalb tüchtig in Kaufzurückhaltung übt...

Tatsächlich sind vermutlich PCs samt Zubehör deutlich billiger geworden, vielleicht auch Flugreisen, Champagner und Handy-Accessoires. Doch wer trägt Solches schon täglich in seinem Warenkorb nach Hause? Daß Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen 2002 in der letzten Woche des Monats nun noch öfter mal nur eine Tütensuppe samt einem Billigbrötchen zu sich nehmen, statt einer gesunden, vollwertigen Mahlzeit, das stört wahrscheinlich nur diese selbst. Daß Anschaffungen nicht mehr getätigt werden können, fällt außer den Betroffenen allenfalls noch den Kaufhäusern und Fachgeschäften an ihren Umsatzrückgängen (von 5,0 beziehungsweise 6,3 Prozent) auf. Anhand von ein paar „gefühlten“ und gezahlten Preisen, im Vergleich mit dem Vorjahr, läßt sich der Grund der Kaufzurückhaltung schon eher ausmachen. Die Preise sind jeweils in D-Mark und EURO angegeben und beim gleichen Händler erworben, 2001 und 2002, jeweils um die

gleiche Jahreszeit: Äpfel für 1,99 DM nun für 1,99 bis 2,29 EUR; Vollkornmüsli statt 3,60 DM nun 2,55 EUR; ein Vollkornbrötchen statt 0,65 Pfennig jetzt 45 Cent; ein Vollkornbrot statt 4,10 DM nun 2,55 EUR; 100 g Feldsalat statt 1,99 DM nun 1,99 bis sogar 2,49 EUR (die Krönung hierbei lag sogar bei 29,90 EUR pro kg!). Noch „erfolgreicher“ waren in Konstanz teilweise die Gaststätten (ohne drei bis fünf Sterne!): Tasse Kaffee statt drei Mark nun 2,10 EUR; kleines Mineralwasser im Glas statt drei Mark nun 2,50 EUR; Kirsch-Bananen-Saft statt 3,50 Mark nun 2,90 EUR; kleines Pils vom Fass statt vier Mark nun drei EUR. Die jährliche Verteuerung der Mietnebenkosten, Müll, Wasser, Strom, Gas, Heizung sowie Rundfunk, Telefon, Porto, Benzin, Medikamente, Fahrpreise, Versicherungen usw. scheint überhaupt nicht erwähnenswert.

Kein Wunder also, wenn die Lebensmittelkonsumenten nun noch mehr den Discontern PLUS, LIDL, ALDI und PENNY (wegen ihrer Dumping-Angebote) die Türen einrennen. Immer mehr kleine Betriebe, beispielsweise Bäcker, werden durch Großbäckerei-Ketten verdrängt. Immer mehr kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe geben auf. In Folge der kapitalistischen Agrarproduktion sind Krankheitserreger, Antibiotika und Gifte in Fleisch und anderen Lebensmitteln ja heute schon fast „das Normale“. Je billiger das Produkt, desto größer die Chance, sie mit-zu-erwerben. Der EURO-Taumel beschleunigt diesen Prozess noch zusätzlich.

Ein Hoch auf die „KLEINEN PREISE“ (z.B. bei PLUS)? Oder: Für Alle bezahlbare Nahrungsmittel zu realen Preisen, die den Einsatz der Produzenten ebenso berücksichtigen wie das Einkommen der Verbraucher! Na, das klingt aber verdammt nach sozialistischer Planwirtschaft oder gar nach staatlich-subsidierten Grundnahrungsmitteln? Ja. Staatlich geförderte und kontrollierte regionale Erzeugergenossenschaften mit gut organisierten Vermarktungsmöglichkeiten, das wäre doch schon ein Anfang.

Wie schön, daß wir eine rot-grüne Regierung in Berlin sitzen haben, die seit Jahren schon solche Probleme für uns regelt. BSE-Rinder, Salmonellenhühner, Antibiotika im Tierfutter, Nitrofen und Maul-und-Klauenseuche, --- das kommt bei uns nicht mehr vor! Und die Preise und Löhne stimmen auch! Oder? *lir*

Buchvorstellung

Vera Hemm: Im Zeichen der roten Nelke

Die „Rote Vera“ aus Konstanz hat ein Buch geschrieben. Es ist ein richtig dickes Buch. Und es ist im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienen.

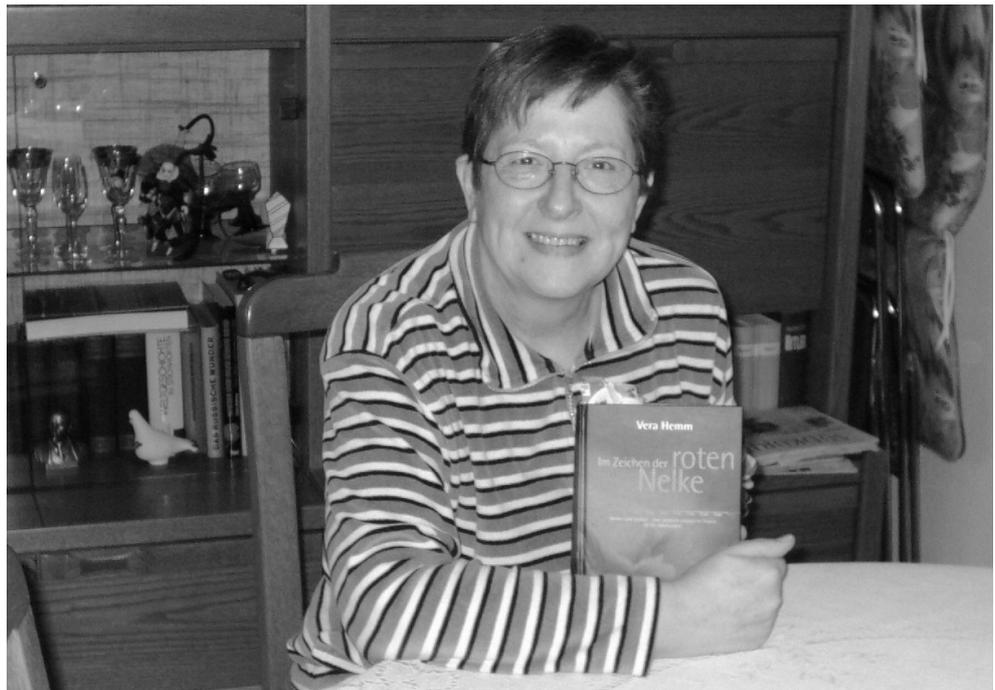
Am 1. Dezember 2002 stellte Vera im großen Raum des Konstanzer Seniorenzentrums dieses Buch vor. Der Saal war so voll, daß er fast aus den Nähten platzte. Selbst in den Türöffnungen drängten sich noch Menschen, die drinnen keinen Platz mehr fanden. Das ist ein gutes Gefühl, wenn man so viel Interesse spürt an einem Buch über ein Stück „linker Geschichte“ in Konstanz und über zwei fortschrittliche Frauen, die an dieser Geschichte aktiv und prägend teil hatten. Acht Jahre hat Vera daran gearbeitet, hat recherchiert und zusammengetragen und im Stadtarchiv alte Stadtratsprotokolle nachgelesen. Und das alles, obwohl sie „zwischen durch“ auch noch eine schwere Krankheit bewältigen mußte.

Es hat sich gelohnt, denn das Resultat ist eine Ansammlung von so vielen Fakten und Erfahrungen aus zwei Frauenleben. Die Frauenleben von Vera und ihrer Mutter Hanna Hemm, welche beide sich früh für das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Friedenspolitik entschieden haben. Zwei Kommunistinnen und Gewerkschaftsfrauen, die die politische Landschaft in dieser Stadt entscheidend mit geprägt haben. Das hob auch der DKP-Vorsitzende Hans Wunderlich, ein Wegbegleiter der beiden Frauen in langen Jahren, in seiner Rede hervor. Es war nicht nur eine Lobrede auf Hanna und Vera, sondern ebenfalls eine Ehrung für alle Frauen und Männer, die sich auch heute noch und über Jahre ihres Lebens für eine solidarische Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg einsetzen. Hanna und Vera sind Teil dieser Bewegung.

Um so schöner, daß es jetzt eine Zusammenfassung dieses Teils der

Konstanzer Geschichte gibt, mit sehr persönlichen Erlebnissen angereichert. Die Näherin Johanna Hemm saß zwei Amtsperioden lang für die KPD im Gemeinderat, von 1946 bis 1953. Und sie „saß“ nicht nur dort, sondern die Archiveinträge dokumentieren, daß sie sich engagiert für die sozialen Interessen der Mitbürger einsetzte. Gegen Bevorteilung der Besitzenden während der Währungsreform, gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen Gebührenerhöhungen für die „Abortgrubenentleerung und Kehrichtabfuhr“, für die Interessen der Kleinhändler und der Bevölkerung im Zusammenhang mit der geplanten Abschaffung des ambulanten Milch-

müsse einen besseren Kontakt halten mit der Bevölkerung und auch Aufklärung geben über verschiedene Dinge der Vergangenheit. Den Bürgern müsse deshalb Gelegenheit gegeben werden, in einer Bürgerversammlung ihre Wünsche und Anregungen zum Ausdruck zu bringen.“ Als im entsprechenden Ratsprotokoll dann lediglich eine sehr verkürzte Zusammenfassung ohne Einzelheiten erschien, monierte Hanna Hemm in der darauf folgenden Sitzungsniederschrift: „Ich vermissen im Protokoll den Wortlaut, der von unserer Fraktion gestellten Anträge...“ Dies sind Beispiele, die uns auch in der derzeitigen Gemeinderats-Sitzungskultur



handels.... Aber auch gegen die „gebotene Schweigepflicht“ der kommunistischen Stadträte, die Zusammenhänge und „Berichte zur Ernährungslage“ in der Presse veröffentlichten, traten sie auf: „Anscheinend soll von der Stadtverwaltung der Öffentlichkeit so wenig wie nur möglich von dem Sachverhalt bekannt gegeben werden....“. Auch dieser Abschnitt des Buches enthält eine heute noch gültige Aussage im Zusammenhang mit „linker“ Gemeinderatspolitik: „In Ergänzung dieses Antrags bemerkte Frau Hemm, die Stadtverwaltung

durchaus nicht fremd vorkommen.

Ein Flugblatt der KPD von 1953 listet noch einmal die Forderungen der Partei zu den damaligen Gemeinderatswahlen auf:

- ▶ „Am 15. November geht es um Eure eigenen Interessen in der Gemeinde...“
- ▶ Es geht um Wohnungen zu tragbaren Mieten
- ▶ Es geht um ordentliche Schulverhältnisse
- ▶ Es geht darum: keine neuen Steuern und Gebührenerhöhungen einzuführen

- ▶ Es geht um das Wohl unserer Gemeinde
- ▶ Es geht um eine saubere Verwaltung
- ▶ Es geht um den Schutz unserer Jugend

...Wir sind nicht gewillt, im Konstanzer Parlament Adenauer-Politik zu machen, die dazu führt, daß das deutsche Volk in einem neuen Krieg elendiglich zugrunde gerichtet werden soll...“

Doch in diesem Jahr schaffte die KPD, mit 2,4 Prozent, den Einzug in den Gemeinderat nicht mehr. Sie war jedoch weiterhin politisch aktiv in der KPD, nach dem Verbot in der DKP, und der Gewerkschaft bis zu ihrem Tod 1971.

Daß ihre Tochter Vera in ihre Fußstapfen trat, ist deshalb auch nicht verwunderlich. Schon Hanna Hemm engagierte sich in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit im DGB und war Vorsitzende im Kreis-Frauen-Ausschuß (KFA), wie es auch Vera später wurde. Sie, die gelernte Chemielaborantin, war aufgewachsen in einem Klima von Solidarität, Toleranz und politischem Interesse. Sie wuchs in einfachen aber liebevollen Verhältnissen auf und konnte sich dort sowohl schulisch als auch musisch gut entwickeln. Sie hatte als Jugendliche Kontakt zu den „Naturfreunden“ und auch ein wenig zur FDJ. Nach bestandenen Abitur erlernte sie bei „Degussa“ den Chemie-laborantinnen-Beruf, wobei sie schon damals in die Gewerkschaft IG Chemie-Papier-Keramik eintrat. 1956 engagierte sie sich mit anderen Jugendlichen gemeinsam gegen die Wiederbewaffnung der BRD und kandidierte später für die DFU für den Konstanzer Gemeinderat.

Die „Friedensarbeit“, gegen Krieg und Atomwaffen, die Ostermärsche, der Kampf gegen den § 218, der 1. Mai und der Internationale Frauentag, das sind „Orte“ an denen man Vera auch heute noch antrifft. Viele Jahre lang war sie im DGB aktiv, als Betriebsrätin und als KFA- Vorsitzende.

Aus dieser Zeit einer ihrer Redebeiträge, der die männlichen Gewerkschaftskollegen an die Gleichberechtigung „erinnern“ sollte: „...Bei der Jugend heißt es: wer die Jugend hat, hat das Leben. Richtig. Und wer die Frauen hat? Wer die Frauen hat, der hat

- ▶ die schlechter Bezahlten
- ▶ die Teilzeit- und Flexi-Beschäftigten
- ▶ die doppelt und dreifach Belasteten
- ▶ die als Doppelverdienerinnen Diffamierten
- ▶ kurz: die Benachteiligten..

Wer die Frauen hat, hat aber auch noch mehr: Kolleginnen, Bundesgenossinnen, Mitstreiterinnen“..... Und weiter: „weil der Kampf um mehr Frauenrechte auch ein Kampf um mehr Menschenrechte ist, und weil Ihr dabei nicht auf die zweite Hälfte der Menschheit verzichten solltet.“

So ist es auch kein Wunder, daß Veras vermutlich „liebstes Kind“, auch heute noch, die DGB-Frauen-Kulturgruppe „Menschen - zufällig weiblich“ ist. Da kann man sie sehen am 1. Mai und am Frauentag. Doch man trifft sie auch auf Demonstrationen gegen den Krieg oder gegen „Rechte Gewalt“.

Ich selbst möchte Vera dafür danken, daß sie uns mit ihrem Buch ein Stück Konstanzer Geschichte geschenkt hat, die sonst vielleicht vergessen wäre. Geschichte - von - unten und aus Frauensicht. Gerade für Menschen, die heute hier leben und die vielleicht nicht hier geboren sind, findet sich viel Lesenswertes in ihrem Buch. Beispielsweise die Geschichten über das „Paradies“, wie es früher einmal war. Aber auch die in Konstanz Aufgewachsenen werden sich freuen, diese(n) oder jene(n) Bekannte(n)

darin zu entdecken.

Ganz besonders hat mich auch gefreut, daß Vera offen über ihre Beziehung zu ihrer langjährigen Lebenspartnerin „Jonny“ berichten mochte, denn das ist auch heute noch immer nicht unbedingt so einfach. Damit setzt sie auch ihr in ihrem Buch ein kleines Denkmal. Danke, Vera, für Dein Buch „ Im Zeichen der roten Nelke“. Es ist erschienen bei Pahl-Rugenstein ISBN 3 – 89144 – 300 – 5 und kostet EURO 24,- (D)

KEIN ABSCHIED UND EIN LEISES „DANKE“

"Der Michael hat sein Stadtrats-Mandat niedergelegt; wer schreibt was dazu?" - Mein Gott, bei diesen Gelegenheiten klingen die Texte doch immer so nach Abschied und ".....nil, nisi bene"; ich mag weder das Eine noch das Andere. " Fritz, du kannst doch schreiben; also..." Damit das gleich klar ist, Michael: daß Du Dir künftig diese bohrenden Ratssitzungen ersparst, das sei Dir gegönnt; aus der Kommunalpolitik aber wollen und können wir Dich nicht entlassen. Die Einarbeitung Deiner Nachfolgerin und die Wiedergewinnung eines Mandates für die Sitzungsperiode 2004/09 - sorry, das geht nicht ohne Dich. Du brauchst das ja nicht gleich mit dem Optimismus anzupacken, den Jürgen beim letzten LL-Treffen zeigte, als er vorschlug, wir sollten unseren Grazer Genossen naheifern (über 20% - da müssten wir Dich zum Fraktionsvorsitzenden machen). Aber in keinem Fall sind solche "no future"-Äußerungen erlaubt, die man in letzter Zeit bei Dir manchmal heraushören konnte (".....die vergeblichen Opfer und Mühnen mehrerer Venedey-Generationen").

"Kung? fragte der Grenzwächter. Ist das nicht der Mann, der weiß, daß es nicht geht, und der trotzdem weitermacht?" - so beschrieb ein Schüler seinen Meister Kung (Konfuzius), bei dem Du ja auch manchmal Rat suchst.

Unsere Freundschaft begann mit unserem -vergeblichen-Einsatz gegen die Zerstörung Jugoslawiens, die auch und vor allem von diesem unserem Lande (besser: seinen schwarz-gelben und rot-grünen Regierungen) betrieben wurde. Zur Zeit wird eine weitere Provinz arrondiert, die sich nicht einfügen will, und wieder versuchen wir, unser Sandkörnchen ins Agressionsgetriebe zu werfen. Immerhin sind sich die Kriegerverbündeten von damals -aus welchen Gründen auch immer- diesmal (noch?) nicht so recht einig. Sollen wir darüber und über die zahlreicher gewordenen Antikriegsdemonstranten optimistisch werden? Den entscheidenden Dolchstoß werden die Imperialismen doch wohl in ihrem jeweiligen Hinterland bekommen müssen. Und dort hast Du in den letzten vier Jahren verdammt gute Arbeit geleistet. Wie hast Du das geschafft, daß die Menschen in der Fußgängerzone weniger plump-aggressiv gegen uns waren, wenn Du mit am Infotisch standst? Oder daß Deine 39 Ratskollegen und nicht selten auch die Presse Dich ernst nahmen, sich mit Deinen Beiträgen auseinandersetzten und dann manchmal doch nicht so konnten wie sie ursprünglich wollten?

Unvergessen bleibt für viele beispielsweise Deine Philippika gegen die "fun-society", die auf ständiges Amüsement (ohne Sperrzeit) ausgerichtet sei und Arbeitende, Kranke, Alte eher als störende Nebenfaktoren betrachte. Der Erfolg Deiner Arbeit ist natürlich nicht mit "gewonnenen" Anträgen oder Abstimmungen zu messen - schon eher mit der Aufmerksamkeit und den Reaktionen, die solche Reden bewirkt haben.

Letzten Sonntag sah ich Michael Moore´s "Bowling for Colombine", eine gelungene Abrechnung mit einer kranken und aggressiv machenden Gesellschaftsordnung. Den Kinobesuch hat mir mit leuchtenden Augen ein junger Mann (so um die 20) dringend empfohlen als ich Dich neulich im Krankenhaus besuchte - es war einer aus den nachfolgenden Venedey-Generationen.

IMPRESSUM

SEEBLÄTTLE, herausgegeben von der PDS/Linke Liste Konstanz

V.i.S.d.P.: Michael Venedey, Jakobstrasse 81b, 78464 Konstanz

Zuschriften, Leserbriefe, Stellungnahmen, Kritik an
 Fax: 0 75 31-95 85 27 oder
 E-Mail: Getedok@t-online.de

Abschied vom ...

Fortsetzung von Seite 1

rung bei gleichzeitigen verschiedenen Positionen im Gemeinderat sei wohl noch ein Rest der badischen liberalen Gesinnung, betonte Dr. Venedey in seiner Erwiderung. Auf die aktuelle Situation eingehend, hob er hervor, dass alle, die sich einen Rest von Vernunft bewahrt hätten, alles daran setzen müssten, um zu verhindern, dass jemand wie der amerikanische Präsident Bush einen Krieg vom Zaune breche, um seine Wiederwahl zu gewährleisten und seine wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Dies sei gerade auch zu betonen im Hinblick auf das Tagesdatum des 30. Januar, an dem in Deutschland vor 70 Jahren ein Mensch die Macht übernahm, der sich einbildete, die Welt beherrschen zu können. Dr. Venedey nahm seine Abschiedsworte insbesondere auch zum Anlass für den Appell, Friedensaktivitäten wie die europaweiten Kundgebungen am 15. Februar zu unterstützen – gegen eine US-Regierung, „deren Handeln durch die Brutalität des Raubtierkapitalismus und des Imperialismus bestimmt wird“, wie er es auf einer Friedenskundgebung im vergangenen Oktober formulierte.

Der Kampf gegen Krieg und Ungerechtigkeit, für die Demokratie hat das ganze bisherige Leben von Michael Venedey geprägt. Dies war eine Selbstverständlichkeit für den Sohn einer Familie, die sich schon früh für die Unterdrückten, für Liberalität und Menschenrechte einsetzte:

► der Urgrossvater als überzeugter Jakobiner

► der Grossvater als Teilnehmer des Hambacher Festes, Mitbegründer des „Bund der Geächteten“ in Paris im Umfeld von Heine und Börne und schliesslich Mitglied der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche

► der Vater als langjähriger Abgeordneter im badischen Landtag, wo er gegen den provozierenden Chauvinismus in Deutschland auftrat und 1914 die Forderung nach einem „Friedensjahr“ erhob

1920 als jüngster von 5 Brüdern in Konstanz geboren, musste Michael Venedey erleben, wie sein ältester Bruder Hans – nach einer Inhaftie-

rung von den Faschisten erneut mit Verhaftung bedroht – in die Schweiz und Frankreich ins Exil ging und seinem Bruder Hermann wegen der Weigerung, an einem Konstanzer Gymnasium unter der Hakenkreuzfahne zu unterrichten, ebenfalls nur der Weg ins Exil blieb. Der Vater, ein Rechtsanwalt, wurde nach 1933 boykottiert und Angriffen ausgesetzt, die bis zu seinem Tod im Jahre 1934 einem Berufsverbot gleichkamen. Für die Mutter und die drei jüngeren Söhne folgten nicht nur wirtschaftlich schwere Jahre.

Ein nach dem Abitur begonnenes Medizinstudium musste Michael Venedey bald unterbrechen, kam als Soldat mit einer Sanitätskompanie in die Sowjetunion, setzte aber wegen des Ärztemangels in einer Studentenkompanie noch im Krieg das Studium fort. 1947 machte er sein Staatsexamen und arbeitete über Jahre in einem Schweizer Sanatorium im Tessin. Anfang der 60er Jahre kehrte der Vater von drei Söhnen mit seiner Familie nach Deutschland zurück und praktizierte als Arzt für Lungen- und Bronchialheilkunde zunächst in Heilbronn und seit 1973 in Westberlin.

Hier einte er über viele Jahre als Moderator der Friedenskoordination die Aktionen eines Bündnisses von bis zu 200 auch wechselnden Gruppierungen aus dem Bereich der demokratischen und Friedensbewegung gegen atomare Bedrohung, die geplante Militarisierung des Weltraums durch die Reagan-Administration, aber auch Hilfen für die Dritte Welt und Solidaritätsaktionen für Nicaragua.

In diese Zeit fällt ein bemerkenswerter Brief, den Michael Venedey zusammen mit seinem Bruder Jakob 1985 anlässlich des Reagan-Besuchs in der Bundesrepublik an den US-Präsidenten richtete. Darin protestierten sie als einzige noch lebende Enkel eines Teilnehmers des Hambacher Festes entschieden gegen die Absicht des US-Präsidenten, gerade dort eine ‚Rede an die deutsche Jugend‘ zu halten. „Wir wehren uns dagegen, dass sie, der sie den ‚Kreuzzug gegen das Reich des Bösen‘ propagieren, den Boden entweihen, in den damals zaghaft Keime der Freundschaft unter den Völkern gesetzt wurden“, hiess es darin. „Wir sprechen Ihnen das Recht ab, auf dem Hambacher Schloss zu sprechen“. – (Ein Brief,

der immer noch – und gerade jetzt – aktuell anmutet).

Auch nachdem Michael Venedey 1995 in seine Heimatstadt Konstanz zurückkehrte, dachte er nicht daran, der Politik den Rücken zu kehren. Als 1999 ein neuer Gemeinderat gewählt wurde, erklärte sich der damals 78jährige – nicht zuletzt angesichts der Situation auf dem Balkan – auf Anfrage der PDS-Liste bereit, für das linke Bündnis zu kandidieren. Und er erhielt von seinen Mitbürgern den Auftrag, in den Gemeinderat einzuziehen. Auch hier standen von Anfang an die Anliegen, für die er all die Jahre hindurch vehement eingetreten war, für ihn an erster Stelle. So war er es, der vor zwei Jahren die Bildung eines „Netzwerk gegen Rechts“ anregte, in dem in Konstanz Mitglieder von Gewerkschaften, Friedensgruppen, Studentenvertreter und solche von antirassistischen und antifaschistischen Gruppierungen gemeinsam Engagement gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sowie für Frieden und Demokratie zeigen. Ob es im Gemeinderat um Wohnungslose, Immigranten oder Flüchtlinge, um Umschichtungen im Haushalt für soziale Zwecke, Preiserhöhungen im Nahverkehr oder die Privatisierung der kommunalen Stadtwerke ging – überall setzte sich Dr. Venedey für die Interessen der betroffenen Menschen ein.

Auf die Frage, was er sich vorrangig auch für die künftige Entwicklung seiner Heimatstadt wünsche, entgegnete er vor einiger Zeit, „... dass der modische Wahn nach sogenannter Globalisierung, nach Preisgabe gemeinwirtschaftlicher Güter an die grosskopften Privatisierer, die den materiellen Gewinn ihrer Shareholder-value-Gesinnung mit der Aussicht auf noch höheren Profit anlegen, kurz dass die rücksichtslose Ellenbogenmentalität verdrängt wird“. Es lohne sich, für die Vision einer gerechten Welt zu kämpfen. Und in einer seiner Kolumnen hob er hervor: „Jetzt habe ich mich (wie es sich für einen Sozialisten gehört) so viele Jahrzehnte meinen Optimismus bewahrt – nun soll es so bleiben.“

In diesem Sinne wünschen wir uns für die weitere gemeinsame Arbeit mit unserem Michael Venedey noch eine gute Zeit und einen langen Atem.

eb